



Sehr geehrte Damen und Herren,

für unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind die Milcherzeugung und der Erlös aus diesem Betriebszweig immens wichtig. Mit großer Sorge erfüllt uns daher die Absicht der EU-Kommission, die Quoten zum 1. April erneut um zwei Prozent zu erhöhen. Dieses Vorhaben stößt nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland und auch der EU auf die Ablehnung des Berufsstandes. Die bisherige Phase der Preiserholung war für unsere Milchviehhalter eindeutig zu kurz, der Markt darf nicht bereits wieder Druck gesetzt werden! Die Milcherzeuger mit ihren kapitalintensiven Stallanlagen haben langfristige Planungssicherheiten verdient. Dazu zählt auch die Absicherung des Zukunftsprogramms Milch, wie es der Deutsche Bauernverband gerade beschlossen hat. Die EU muss dafür die Mittel einsetzen, die sie bei der Agrarmarkordnung eingespart hat. Allein in diesem Jahr liegen wir um 3,5 Mrd. Euro unter der Agrarleitlinie. Damit ließe sich das auch von der EU-Kommission zugesagte Begleitprogramm zur Unterstützung der Milcherzeuger als Vorbereitung auf den Quotenausstieg im Jahr 2015 finanzieren.

Ihr **Werner Hilde**

Das Ringen um die „sanfte Landung“

EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel hat hohe Erwartungen geweckt: Der Ausstieg aus der Milchquote im Jahr 2015 soll abgefeuert werden, sie spricht vom „soft landing“. Dahinter verbergen sich aber bei genauerem Hinsehen kontinuierliche Quotenerhöhungen. Sie sollen die Quoten überflüssig machen! Die Agrarkommissarin kündigt zudem finanzielle Hilfen für Berg- und Mittelgebirgsgebiete sowie Regionen an, in denen schwerpunktmäßig Milch produziert wird – ohne echte Alternativen.

Hier gilt es jetzt, Pflöcke einzuschlagen. Ein Schwerpunkt wird weiter auf der Investitionsförderung liegen müssen. Daneben beherrschen in der politischen Diskussion die Extremgebiete die Thematik. Darüber wird vergessen, dass die Reform des Milchmarktes alle Milcherzeuger treffen wird.

Die energische Agrarkommissarin muss mit ihrem Versprechen zu einem Begleitprogramm nun beim Wort genommen werden: Derartige Zuschüsse sollten an das absolute Dauergrünland sowie die Milchviehhaltung gekoppelt werden. Die Landwirte sind auf diesen Standorten auf die Rinderhaltung angewiesen, ackerbauliche Alternativen bleiben ihnen verwehrt.

Bleibt noch die Frage nach der Finanzierung. Es wäre mehr als kontraproduktiv, wenn zunächst über die Modulation bei Bewirtschaftern von Dauergrünland die Flächenprämie gekürzt würde, um sie dann auf die oben genannte Gruppe zu konzentrieren. Die Grünlandstandorte sind im Wettbewerb gegenüber den Silomaisflächen benachteiligt. Wenn nun die betriebsindividuellen Prämien umverteilt werden sollen, müssen dies Milchviehhalter auf Dauergrünland erneut als Benachteiligung empfinden. Ein Milchfonds, der aus eingesparten EU-Haushaltsmitteln locker gefüllt werden könnte, ist die Lösung.

Eine weitere Mogelpackung hatte übrigens gerade der Agrarausschuss des EU-Parlaments anzubieten: Er will die von Fischer Boel vorgeschlagene Quotenerhöhung ins Ermessen der Mitgliedstaaten stellen. Damit würde nicht nur eine Renationalisierung des Milchmarktes angestoßen, sondern auch eine Wettbewerbsverzerrung für Produkte wie Quoten angeschoben

Eingriffsregelung flexibler gestalten!

Erfreut reagiert Landvolkpräsident Werner Hilde auf das Bekenntnis von Ministerpräsident Christian Wulff zum Vertragsnatur-

schutz. In seiner Regierungserklärung hat sich der wiedergewählte Regierungschef eindeutig dafür ausgesprochen, beim Umwelt- und Naturschutz die Kooperation mit den Nutzern und Eigentümern der Fläche zu suchen. In diesem Zusammenhang erinnert das Landvolk Niedersachsen auch die Landkreise daran, gemeinsam mit den Grundbesitzern im ländlichen Raum kooperative Lösungen beim Schutzgebietsmanagement zu erarbeiten. Seit dem 1. Januar haben sie die Zuständigkeit für die Sicherstellung europäischer Naturschutzanforderungen vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) übernommen. Die von Grundeigentümern getragene Stiftung Kulturlandpflege steht ebenfalls für den kooperativen Ansatz im Naturschutz und ist beim Flächentausch oder dem Kompensationsflächenmanagement auch über Landkreisgrenzen hinweg behilflich.

Um die finanziellen Voraussetzungen für einen qualitativ hochwertigen Naturschutz mit der Landwirtschaft vor Ort zu stärken, wünscht sich der Berufsstand bei der zugesagten Novellierung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes vor allem eine flexiblere Eingriffsregelung. Bürokratische Beteiligungsvorgaben sollten dagegen auf den nach EU-Recht vorgesehenem Umfang reduziert werden.

Biogasanlagen absichern

Die tief greifenden Veränderungen auf den landwirtschaftlichen Rohstoffmärkten haben den Boom beim Zuwachs neuer Biogasanlagen in Niedersachsen wie auch bundesweit deutlich abflachen lassen. Jetzt geht es nach Einschätzung des Landvolkes Niedersachsen darum, die bestehenden Anlagen abzusichern und den Betrieb neuer Anlagen über die Reststoffverwertung und eine höchstmögliche Energieeffizienz wirtschaftlicher auszurichten. Damit sollen „Verwerfungen“ vermie-

den werden. Um der regional bestehenden Flächenkonkurrenz entgegen zu wirken, macht sich der Verband für den verstärkten Einsatz von Gülle, landwirtschaftlichen Reststoffen und Nebenprodukten stark. Dieser Aspekt sollte bei der Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) berücksichtigt werden. Daneben sollte die Güllevergärung besser gefördert werden. Über eine moderate Erhöhung des so genannten NaWaRo-Bonus (Bonus für nachwachsende Rohstoffe) können bestehende Biogasanlagen in ihrer Existenz gesichert werden. Um die Eigenvermarktung von Strom, Gas und Wärme zu verbessern, ist der Leitungsbau zu fördern. Mit den zuletzt genannten Aspekten lassen sich Biogasanlagen langfristig absichern.

Südniedersachsen hat Chancen in Veredelung

Tierhaltung ist in den südniedersächsischen Ackerbauregionen eher eine Ausnahmeerscheinung. Dennoch beschäftigen sich nach Angaben des Landvolks Niedersachsen immer mehr Bauern dort mit dem Gedanken an den Einstieg in die Veredelung als zusätzlichen Betriebszweig. Und die Voraussetzungen dafür sind nicht schlecht, wie jetzt der 2. Veredelungstag Südniedersachsen des Kreislandvolkverbandes Göttingen zeigte. Zwar sind die Wege zu den Schlachthöfen weiter als in den Hochburgen der Schweine- und Hühnerhaltung in Süddoldenburg, allerdings besteht die Auswahl zwischen den Schlachthöfen mehrerer Fleischkonzerne in noch erreichbarer Entfernung. Dies könne sogar zu besseren Erlösen durch stärkeren Wettbewerb führen, meinen Schweinemarkexperten. Zudem ist genügend Fläche vorhanden, um die anfallende Gülle sinnvoll im eigenen Betrieb zu verwerten, hohe Umweltkosten für Gülleentsorgung und Abluftwäsche wie in Süddoldenburg fallen nicht an.

Von herausragender Bedeutung für die Ver-

edelung sei auch die gesellschaftliche Akzeptanz, gerade weil der Begriff „Massentierhaltung“ negativ belegt sei, unterstrich Landvolk-Vizepräsident Arendt Meyer zu Wehdel in Göttingen. Die Landwirtschaft müsse deshalb den Dialog mit der Öffentlichkeit suchen. Das Dilemma sei dabei, dass sich viele Organisationen zum Sprecher der Öffentlichkeit machten, denen nicht am Konsens, sondern nur am Konflikt selbst gelegen sei. „Wir brauchen Problemlöser; Problemaufzeiger haben wir genug“, sagte Meyer zu Wehdel. An die Bauern appellierte der Landvolk-Vizepräsident, ihre ethischen Wurzeln nicht zu verlieren und den Unterschied bäuerlichen Handelns zum Agrarindustriellen aufzuzeigen. Bäuerlichkeit sei keine Form des Wirtschaftens, sondern eine Geisteshaltung, deren Kernelement Nachhaltigkeit und das Bewahren der Ressourcen sei.

Veredler brauchen Entlastung

In zwei wichtigen Punkten macht sich Landvolkpräsident Werner Hilse für Entlastung zu Gunsten der Veredelungsbetriebe stark. Danach fordert er eine schnelle Umsetzung der vorgesehenen Änderungen im Futtermittelgesetz. Sie sehen eine Aufhebung des Verfütterungsverbot tierischer Fette an Nicht-Wiederkäuer vor. Nach dem ersten BSE-Fall im November 2000 in Deutschland war die Verfütterung tierischer Fette strikt verboten worden. Inzwischen besteht Konsens zur Lockerung des Verbots und eine Zulassung der Verfütterung an Nicht-Wiederkäuer.

Erhebliche Verknappungen werden auf dem Markt für Sojafuttermittel durch die faktische Nulltoleranz gentechnisch veränderte Sorten (GVO), die in der EU nicht oder noch nicht zugelassen sind, befürchtet. Diese Sorge haben die Bezirksvorsitzenden des Landvolkes Niedersachsen in der Weser-Ems-Region in Gesprächen mit dem Landvolkpräsidenten geäußert. Die in den USA zugelassenen

GVO-Sojasorten sind wegen der Gefahr auch nur minimaler Verschleppungen in der EU nicht verkehrsfähig. Die Verfügbarkeit von Corngluten und Sojaschrot aus den USA ist damit drastisch eingeschränkt. Die Europäische Kommission selbst befürchtet aufgrund der Verknappung von Futtermitteln bereits einen Einbruch der europäischen Schweineproduktion um ein Drittel. Der Berufsstand fordert eine Abkehr vom Nulltoleranz-Prinzip bezüglich der nicht zugelassenen Sorten in der EU, um eine Trennung von GVO und GVO-freien Produkten zu ermöglichen.

Naturschutzfläche kräftig gewachsen

Beim Naturschutz hat Niedersachsen in den vergangenen zwei Jahren einen großen Sprung nach vorn gemacht: Die Fläche der Naturschutzgebiete stieg seit Ende 2005 von 151.772 Hektar (ha) auf jetzt immerhin 240.756 ha. Zugleich erhöhte sich die Zahl der Naturschutzgebiete um 36 auf nunmehr 753. Zwar hat die Ausweisung eines Teils des Küstenmeeres außerhalb des Nationalparks Wattenmeer als Naturschutzgebiet mit allein 68.000 ha erheblich zum Flächenzuwachs beigetragen, dennoch bleibt auch ohne die Nordsee noch ein kräftiger Gebietszuwachs bei den Naturschutzgebieten von über 20.000 ha. Im Jahr 2005 hatte der Zuwachs lediglich knapp 5.000 ha betragen. Weitere ungefähr eine Mio. ha, das ist gut ein Fünftel der gesamten Landesfläche, stehen unter Landschaftsschutz. Hier gelten zwar weniger gravierende Einschränkungen als unter dem strengen Regiment des Naturschutzes, dennoch hat auch hier die Natur Vorrang vor Veränderungen des Landschaftsbildes. Hinzu kommen knapp 300.000 ha Nationalparke im Harz und Wattenmeer sowie knapp 60.000 ha Biosphärenreservat Elbtalauen. Außerdem unterliegen knapp 2.000 ha mit Naturdenkmälern sowie 1.000 ha geschützte Landschaftsbestandteile besonderem Schutz.

Die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete ist in der Regel mit der Inanspruchnahme von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen verbunden. Hier ist die Bewirtschaftung häufig gar nicht mehr oder zumindest nur noch mit erheblichen Auflagen möglich. Auf der anderen Seite brauchen viele Biotope weiterhin eine behutsame Pflege, um den Naturschutzzielen gerecht zu werden. Der Landvolkverband gibt hier freiwilligen Vereinbarungen mit den Landwirten den Vorrang vor gesetzlichen Auflagen. Dieses Konzept hat sich nach Ansicht des Verbandes bewährt und fördert die Akzeptanz des Naturschutzes bei den Bauern.

Eine Fachgruppe für Gemüsebauern

Die Wahrnehmung des Gemüsebaus in der Öffentlichkeit und in der Politik zu fördern – das ist das Ziel der neu gegründeten Fachgruppe Gemüsebau Norddeutschland, in der sich sieben Berufsverbände zusammengeschlossen haben. Gut ein Viertel der deutschen Freilandflächen und 15 Prozent der Unterglasflächen liegen in Norddeutschland. Mit 17.000 ha ist Niedersachsen der zweitgrößte Gemüseproduzent Deutschlands. Trotz dieser guten Ausgangsposition gibt es noch Potenzial: Der Selbstversorgungsgrad liegt bei nur 37 Prozent. Bei den Verkaufserlösen rangiert deutschlandweit der Spargel mit rund 250 Mio. Euro an erster Stelle. Es folgen die Champignons mit 115 Mio. Euro. Auch in der Anbaufläche ist der Spargel mit 21.815 ha führend, gefolgt von den Karotten mit 10.000 ha und dem Kohl mit 9.700 ha.

Die Fachgruppe Gemüsebau wurde 2007 von den drei Gartenbau-Landesverbänden in Hamburg, Niedersachsen und Bremen gegründet. Im zweiten Schritt wurden die Landesbauernverbände aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und das Landvolk Niedersachsen eingebunden. Damit ist die Fachgruppe kein neuer Berufs-

verband, sondern ein Zusammenschluss der norddeutschen Berufsverbände, die Gemüseproduzenten als Mitglieder haben. Vorsitzender ist Wolfgang Mählmann aus Cappel, Thomas Albers aus Papenburg und Dirk Beckedorf aus Hamburg sind seine Stellvertreter. Hans Peter Witt aus Hemme in Schleswig-Holstein und Sven Hager aus Gresse in Mecklenburg-Vorpommern sind die Beisitzer. Sie sollen in der Fachgruppe Gemüsebau nun dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit zwischen Verbänden und Ministerien ausgebaut wird.

Weitere Informationen unter
www.gemuesebau.org oder
www.hortigate.org.

Attraktive Sorten und gute Preise

Beim Biss in einen Apfel in Erinnerungen schwelgen – das gelingt vielen Senioren, wenn sie einen Finkenwerder Herbstprinz oder einen Boskop essen. Mittlerweile wurden diese Sorten jedoch stark von Elstar, Jonagold und Jonagored verdrängt. Sie machen bereits zwei Drittel der Ernte an der Niederelbe aus. Insgesamt verlagert sich der Apfelkonsum zu inländischen Früchten. Neben den attraktiven Sorten sind auch die durch die guten Ernten gesunkenen Preise Gründe dafür, dass 56 Prozent der verkauften Äpfel aus heimischem Anbau stammen. 2003 waren es nur 48 Prozent. An der Niederelbe verkauften die Erzeugerorganisationen bis zum Jahreswechsel 132.000 Tonnen (t) Äpfel, rund 38 Prozent mehr als ein Jahr vorher.

Sorten wie Jonagold und Jonagored haben zu der erheblichen Produktionssteigerung von 250.000 t zu Beginn der 90er Jahre auf aktuell 300.000 t geführt. Wurden 1981 noch 1.778 Betriebe bewirtschaftet, sind es heute nur noch 769. Die durchschnittliche Betriebsgröße und die durchschnittliche Pflanzdichte haben sich seitdem verdoppelt.